

Zu TOP 3 (Protokoll 16.1.2019)

Frau Klemkow informierte, dass die momentane Beschlusslage die ist, dass die Stadt die in Frage stehende Immobilie erworben hat mit dem Ziel, diese abzureißen.

Weitergehende Planungen und Ideen bedürfen vorher intensiver Beratung und dann einer Beschlussfassung.

Eine solche Idee ist die Errichtung eines islamischen Gemeindezentrums mit Räumen zum Gebet und weiteren Räumen beispielweise für interkulturelle Begegnungen. Der Imam soll im Falle eines Kaufes durch den islamischen Bund eine Finanzierung ohne jede ausländische Beteiligung zugesichert haben. Der Quadratmeterpreis würde 75 Euro betragen.

Anlässlich dieses Tagesordnungspunktes war die Ortsbeiratssitzung überdurchschnittlich gut besucht. Ein Besucher – nach seinen Angaben ursprünglich aus Hamburg stammend – brachte seine Bedenken dahingehend zum Ausdruck, dass er zwar 95% der islamgläubigen Menschen für friedfertig hält, aber 5 % eben nicht. Das sind in seinen Augen gewaltbreite Islamisten, die nichts unversucht lassen werden, auch hier einen Gottesstaat nach ihren Ansichten entstehen zu lassen. Und das genügt diesem Besucher, es besser zu finden, wenn wenige oder gar keine Menschen mit diesem Glauben hier Fuß fassen. Mit dieser Meinung stand er offensichtlich nicht allein. Er berichtete auch dass er bereits viele Unterschriften im Rahmen der AFD-Initiative gegen den „Moschee“-bau sammeln konnte. Frau Federau erinnerte in diesem Zusammenhang, dass unser Stadtteil in der Bundesrepublik ganz am Ende rangiert, wenn es um das Phänomen Segregation geht.

(Aufspaltung nach dem demographischen Status, nach dem sozialen Status und/oder nach ethnisch/religiöser Zugehörigkeit.)

Und dieser Ghettoisierung sollte auf jeden Fall und mit allen Mitteln entgegen gewirkt werden meinte Frau Federau. In diesem Zusammenhang bemerkte Herr Riedel, dass die verfassungsmäßig zugesicherte Religionsausübung bereits in der von-Stauffenberg-Straße ermöglicht wird und dass es in diesem Fall auch wünschenswert wäre, wenn sich diese Neu-Schweriner auch in anderer Hinsicht an den hier geltenden Verfassungsnormen (z.B. Gleichstellung von Mann und Frau) orientieren würden.

Es wäre noch zu Prüfen, wie eine geplante Suchtklinik in der besprochenen Gegend mit einem islamischen Gemeindezentrum harmonisieren würde.

Auf die Frage, ob sich durch die vermehrte Anwesenheit von Menschen mit islamischem Glauben ein signifikanter Anstieg der Kriminalität verbunden ist konnte der zuständige Kontaktbereichsbeamte mit einem klaren Nein antworten. Ebenso fanden sich einige Besucher, die sagen konnten, dass sie ein rücksichtsvolles Miteinander mit den Neu-Schwerinern erleben dürfen.

Aus der Mitte der Besucher kam schließlich ein interessanter Vorschlag: Diese ehemalige Kaufhalle eben nicht abreißen sondern auf der Basis eines Erbbauvertrages an den islamischen Bund zu übertragen. Das hätte auch den Vorteil, dass Einfluss der Stadt auf die Geschehnisse (u-A. Hassprediger) dort nicht gänzlich unterbunden wäre.

Protokolliert von Wolfgang Maschke